

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend Morgen und an Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhütze Nr. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Danziger Zeitung.



Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allerhöchstes geruht: Dem kaiserl. russischen Director der Eremitage, Hofmeister v. Gedeonoff zu St. Petersburg, den Stern zum Rothen Adler-Orden 2. Kl., dem Sch. Post- und vortragenden Stath beim General-Postamt, Stephan den Rothen Adlerorden 3. Kl. mit der Schleife, dem Post-Inspector Bergemann zu Berlin den Rothen Adlerorden 4. Kl., dem gewerkschaftlichen Grubensteiger Matthias Werner Kesternich zu Bleiburg im Kreise Schleiden, dem Sammet-Webermeister Stephan Mertens zu Biesen im Kreise Gladbach, so wie dem Gefreiten Kloubert vom 1. Bat. (Aachen) 1. Rhein. Landwehr-Regiments Nr. 25 die Rettungsmedaille am Bande zu verleben; den bisherigen fürt. lippeischen Consistorial-Präsidenten de la Croix in Detmold zum Ober-Neg.-Rath und Regierungs-Abteilungs-Direktoren zu ernennen.

Der Privat-Docent Dr. phil. Kohlrausch in Göttingen ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät selbst ernannt, und der Lehrer Haake in Eissen ist an dem evangelischen Schulreher-Seminar zu Mörs als Seminar- und als Lehrer der Uebungsschule angestellt worden.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 2 Uhr Nachmittags.

Wien, 9. März. Der Reichstag wird am 1. Mai eröffnet. Ein Handschreiben des Kaisers löst das Staats-Ministerium auf und weist die administrativ-politischen Angelegenheiten der nichtungarischen Länder einem besondren Ministerium zu.

London, 9. März. Lord Walpole erklärte im Oberhause, daß die Nachrichten aus Irland unerheblich seien. Dublin ist ruhig.

Nachrichten aus New-York zufolge wird ein Angriff der Fenier auf Canada erwartet.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

München, 8. März. Die "Bayerische Z." veröffentlicht die Stuttgarter Conferenzbeschlüsse nach nunmehr erfolgter allseitiger Ratification. Im Wesentlichen sind die Vorschläge Bayerns angenommen worden aus denen folgendes hervorzuheben: Die anzutretende gemeinsame Wehrverfassung soll die Südstaaten zur Wahrung ihrer nationalen Integrität in Gemeinschaft mit dem übrigen Deutschland befähigen. Der Formationstand soll nicht unter 1½ Prozent, der wirkliche Präsenzstand nicht unter ¼ Prozent der Bevölkerung betragen. Die Armeen sind soweit gleichartig einzuteilen und auszurüsten, als zu deren gemeinschaftlicher Aktion unter einander und mit dem übrigen Deutschland nothwendig ist. Die Grundlagen sind: Gleiche taktische Einheit; möglichste Übereinstimmung der Reglements, namentlich Gleichheit der Signale und der formellen Felddienstbestimmungen; möglichste Übereinstimmung der Feuerwaffen und der Munition, gemeinschaftliche größere Übungen, gleichmäßige Ausbildung der Offiziere. Über diese Einzelheiten wird eine spätestens bis zum 1. Oct. d. J. in München zusammenstehende Conferenz der beteiligten Staaten schlüssig werden. Die Beschlussfassung wegen der Festungen Nastatt und Ulm ist bis zur Beendigung der Verhandlungen der Bundeskommission verschoben worden.

München, 8. März. Die Herzogin Sophie, Gemahlin des Herzogs Karl Theodor in Bayern (Bruder der Kaiserin von Österreich) ist von einer heftigen Rehkopfsaffection befallen. Der Zustand der hohen Patientin ist bejorgnisherregend.

Wien, 7. März. (B.-u. H.-Z.) Ein heute abgehaltener Ministrerrath hat den Beschluß gefaßt, trotz der entgegenstehenden Landtagssvota, das Princip der allgemeinen Wehrpflicht schon der diesjährigen Heeres-Ergänzung zu Grunde zu legen.

Paris, 8. März. Der der Kammer vorgelegte Neorganisationsentwurf stellt die Dauer des aktiven Dienstes auf 5, die der Reserve auf 4 Jahre fest. Alle nicht zur aktiven Armee Gehörten dienen 4 Jahre in der Reserve und 5 Jahre in der mobilen Nationalgarde. Die Stellvertretung ist nach dem Gesetz von 1832 gestattet. Die zur Reserve Gehörigen, zum Loslauf nicht Zugelassenen, können mit der mobilen Nationalgarde tauschen. Die zur aktiven Armee Gehörigen zum Loslauf nicht Zugelassenen, können Soldaten der Reserve zu Stellvertretern nehmen. Die mobile Nationalgarde umfaßt alle Losgekauften und diejenigen, welche, nicht zum stehenden Heere gehörig, vierjährige Reservedienst gemacht haben. Auch für die Losgekauften dauert der Dienst in der mobilen Nationalgarde 5 Jahre. Die gegenwärtig unter den Fahnen Stehenden treten nach Ablauf ihrer Dienstzeit in die Nationalgarde über und gehörten derselben zwei Jahre an.

Paris, 8. März. Aus Alexandrien vom 5. d. Abends wird gemeldet, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Nubar-Pascha, in besonderer Mission des Vice-Königs nach Konstantinopel abgereist ist.

Petersburg, 8. März. Nach Berichten aus Konstantinopel hat der dortige russische Gesandte im Vereine mit den Gesandten der anderen Großmächte von der Pforte die Anwendung der Hat-Humahoum, so wie Concessions für die christliche Bevölkerung verlangt.

Wien, 8. März. Abendbörse. Gegen Schluß fanden in Creditactien bedeutende Käufe durch erste Häuser statt. Credit-Actien 189,00, Nordbahn 164,00, 1860er Looie 88,30, 1864er Looie 81,40, Staatsbahn 210,50, Galizier 223,00.

London, 7. März. Bank-Ausweis. Notenumlauf 22,497,290 (Zinshand 131,395), Baarvorrath 19,373,965 (Abnahme 16,347), Notenreserve 10,893,845 (Abnahme 136,605) Pfds. St.

London, 8. März. Aus New-York vom 6. d. Abends wird per atlantisches Kabel gemeldet: Wechselcours auf London in Gold 108½, Goldagio 35½, Bonds 110½, Illinois 115, Criebahn 52½, Baumwolle 31 à 30½, Rohes Petroleum 18½. — Die Dampfer "City of Antwerp" und "Cella" sind in New-York angekommen.

London, 8. März. Aus New-York vom 7. d. Mittags wird per atlantisches Kabel gemeldet: (Anfangs-Course) Wechselcours auf London in Gold 108½, Goldagio 35½, Bonds 109½, Baumwolle 30½. — Aus New-York vom 7. d. M. Abends wird per atlanti-

sches Kabel gemeldet: Wechselcours auf London in Gold 108½, Goldagio 34½, Bonds 109½, Illinois 114½, Criebahn 54, Baumwolle 30½, Raffiniertes Petroleum 27.

Norddeutscher Reichstag.

8. Sitzung am 8. März 1867.

Die Tribünen sind gefüllt. Neu eingetreten sind die Abg. Groote, Graf Königsmark, Walff, Schrops und Windfuß. Vor der T.-O. erklärt Abg. Michaelis, daß ihm das Resultat seiner Wahl in Ueckerland-Wolin, obgleich es bereits am Montag bekannt gemacht worden, bis heute noch nicht mitgetheilt sei. Er constatire, daß ihn nicht die Schuld treffe, wenn die Nachwahl im Stettiner Wahlkreis auf unnöthige Weise verzögert werde. — Abg. Graf zu Eulenburg erklärt, daß er zufällig im Stande sei, Auskunft zu ertheilen. Er habe gestern an den ihm befreundeten Wahlcommissarien telegraphirt und so eben die Antwort erhalten, daß die Anzeige der Wahl an den Abg. Michaelis am 5. d. von Ueckerland-Wolin aus dem Berliner Polizei-Präsidium übermittelt worden sei.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. Prinzen Roman Gartoryski wird für gültig erklärt, nachdem die Staatsangehörigkeit desselben unzweifelhaft festgestellt ist. — Gegen die Wahl von Moritz Wiggers, der im 3. Berliner Wahlbezirk mit 3326 Stimmen über die absolute Majorität erwählt ist und dessen Ortsangehörigkeit und Alter vom Rostocker Polizei-Amt bestcheinigt ist, ist von 21 (conservativen) Wählern ein Protest überreicht und darin beantragt, Moritz Wiggers nicht zugelassen, vielmehr seine Wahl für ungültig zu erklären. Der Protest führt aus: Nach § 5 des in Preußen erlassenen Wahlgesetzes für den Reichstag setzt die Wählbarkeit voraus, daß der Gewählte in irgend einem Orte des Norddeutschen Bundes das active Wahlrecht ausgeübe. Das sei bei Wiggers nicht der Fall, der wegen notorischer Buchthausstrafe in Mecklenburg vom Wahlrecht ausgeschlossen sei.

Ref. Abg. Dr. Schleiden setzt diesen Sachverhalt auseinander und fährt dann fort: Der Protest sagt, wegen notorischer Buchthausstrafe. Es hätte gleich hinzufügen können, wegen politischen Verbrechens. M. H., erwarten Sie nicht, daß ich in die Details der Angelegenheit eingehe, wegen welcher Moritz Wiggers verurtheilt worden ist, noch daß ich das Verfahren der mecklenburgischen Regierung, oder die politische Thätigkeit Wiggers einer Prüfung unterwerfe. Man hat behauptet, daß das mecklenburgische Wahlgesetz lediglich zu dem Zweck zugespielt sei, um Wiggers von der Wahl auszuschließen. Ich lasse auch das unerörtert. Es handelt sich hier nur um die juristische Seite der Frage. Wir sitzen hier nicht zu Gericht über die mecklenburgische Regierung, sondern haben die Frage zu entscheiden, ob die Wahl des Abg. Wiggers gültig sei. Das Uebrige können wir der Geschichte überlassen. Der dritte Berliner Wahlkreis hat bereits sein Verdict zu Gunsten Wiggers abgegeben, möglich, daß die Geschichte dasselbe umstößt, möglich, daß sie einst auch in diesem Falle sagt: vox populi, vox dei. Für die Rechtsfrage kommt das in Mecklenburg und das in Preußen publizierte Wahlgesetz in Betracht. In Mecklenburg gilt jeder als bescholten und deshalb von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, der eine Buchthausstrafe verbüßt hat, in Preußen gelten als bescholten und sind von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen dieselben Personen, denen durch rechtkräftiges Erkenntnis der Vollgenuss der staatsbürglerlichen Rechte entzogen ist, sofern sie in diese Rechte nicht wieder eingezogen worden sind. Außerdem ist in Preußen noch ausdrücklich bestimmt, daß verbüßte, oder durch Begnadigung erlassene Strafen wegen politischer Verbrechen von der Wahl nicht ausschließen. Es handelt sich also darum, welche dieser Gesetzesbestimmungen hier zur Anwendung kommen muß. Das mecklenburgische Wahlgesetz ist für Mecklenburg zu Recht bestehend, aber doch nur für Mecklenburg und nicht für die Wahlen in andern Ländern. Nach dem allgemeinen Wechselrecht, das hier als Analogon anzuziehen sein möchte, ist bei der Frage über die Wechselseitigkeit der Umstand entscheidend, wo der Wechsel ausgestellt ist, so daß jemand, der hier nicht wechselseitig ist, im Auslande wechselseitig werden könnte. Das allgemeine Prinzip geht dahin, daß die Fähigkeit zur Ausübung politischer und staatsbürglerlicher Rechte ganz allein nach den Gesetzen desjenigen Ortes zu beurtheilt ist, wo diese Rechte in Anspruch genommen werden. Wiggers soll nun nicht wählbar sein, weil er nirgends zur Ausübung des aktiven Wahlrechtes befugt sei. Darauf kommt es meiner Ansicht nach gar nicht an. Dann müßten etwa auch die von der Wählbarkeit ausgeschlossenen, deren Namen nicht in den Wahllisten stehen, was mich zufällig selbst der Ehre beraubt haben würde, heute hier zu sprechen. Hätte Wiggers in Preußen gewohnt, so würde er nicht nur wählbar gewesen sein, sondern selbst das active Wahlrecht ausüben können. Mit dem Begriff der Bescholtenheit ist es eine eigene Sache und selbst das mecklenburgische Wahlgesetz wird Wiggers, weil er für die Wahlen bescholten ist, nicht im gewöhnlichen Leben eine Bescholtenheit aufzuheben. In Schleswig-Holstein, meinem Heimatlande, existiert ein Gesetz von 1731, wonach die Studirenden, die sich auf ein Pistolen-Duell einlassen, mit Buchthaus bestraft werden, welche Strafe freilich mit Rücksicht auf den Stand gewöhnlich in Gefängnishaft verändert wurde. In England gilt es als höchster Grad von Bescholtenheit, wenn jemand im Parlamente spricht, ohne dazu berechtigt zu sein. Bekanntlich machte dieser Verstoß den Alderman Salomon moralisch tot, so daß ihn selbst die Intervention der Königin von dieser Bescholtenheit nicht retten konnte. Für Preußen besteht nun das Gesetz, daß Strafen wegen politischer Verbrechen von der Wählbarkeit nicht ausgeschließen, und das genügt, um Wiggers Wählbarkeit in Preußen festzustellen. Oder sollte etwa ein Preuse, der in Mecklenburg wegen politischer Verbrechen zum Buchthaus verurtheilt worden,

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inscriere nehmen an: in Berlin: A. Rettemeyer, in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler in Hamburg, Haesenstein & Vogler, in Frankfurt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchdruck.

in Preußen nicht wählbar sein? Wäre Wiggers wegen solcher Verbrechen in Preußen mit Buchthausstrafe belegt, so würde er allerdings in Mecklenburg nicht wählbar sein, aber doch ledensens in Preußen. Und nun noch Eins. Man hat gesagt, daß es nicht bloß darauf ankomme, die Correctheit der Wahl zu prüfen, sondern auch die Integrität der Person. M. H., in der deutschen Nationalversammlung saß eine ganze Reihe politisch Verurtheilter, von denen ich nur den einen Namen nenne: Jordan! (Bestimmung.) Der dritte Berliner Wahlkreis hat durch sein Votum zu erkennen gegeben, daß er an die Reinheit der Person Wiggers glaube. Wir können nichts Anderes thun. Namens der Abtheilung beantrage ich, die Wahl von Moritz Wiggers für gültig zu erklären. (Bestimmung.)

Abg. Wiggers: Wenn ich bloß meinem Gefühl folgen wollte, so würde ich nicht das Wort ergreifen, aber ich habe die Interessen meines Wahlkreises zu vertreten, und deshalb bin ich Ihnen einige Ausklärung schuldig. Ich will auf die politischen Verhältnisse und jenen unglücklichen Prozeß, der seine Schatten bis hierher wirft, nicht näher eingehen; auch ich will nur die juristische Seite berühren. Bisher ist noch gar nicht aufgeklärt, weshalb ich eigentlich verurtheilt worden bin. Ich war in den sog. Rostocker Hochverratsprozeß verwickelt, der damit schloß, daß fast sämtliche Mitangeklagte mit mir wegen Theilnahme an versuchtem Hochverrat zu Buchthausstrafe verurtheilt wurden, ich zu 3 Jahren. Im Buchthause selbst habe mit alleiniger Ausnahme eines seitdem verstorbenen Freunden nur ich gesessen; bei den Uebrigen wurde die Strafe in Festungshaft verwandelt. Am 9. Jan. 1857 wurde ich in das Buchthaus von Dreibergen abgeführt; am 24. Octbr. 1857 bin ich in Folge großherzogl. Befehls von dort entlassen. Das ist meine einfache Geschichte. Es ist nun bereits mit Recht hervorgehoben, daß es sich um das in Preußen geltende Wahlgesetz handelt, denn daß das Mecklenburgische in Preußen zur Anwendung kommen soll, wird wohl Niemand meinen. Wenn man sagt, daß mir durch rechtkräftiges Erkenntnis der Vollbesitz der bürgerlichen Rechte entzogen worden ist, so bestreite ich dies. Die Buchthausstrafe entzieht überhaupt nicht in Mecklenburg den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte, im Gegenteil . . . (Redner wird durch die unwillkürliche ausbrechende Heiterkeit des Hauses unterbrochen, so daß man von den folgenden Worten nur versteht, daß dieses „im Gegenteil“ der noch bestehenden lex Carolina zu danken ist.) M. H., allerdings ist mir meine Advocatur genommen, aber nur im Wege des Disciplinarverfahrens. Von der Wählbarkeit könnte ich nur dann ausgeschlossen werden, wenn man fälschlich annimmt, daß mir der Vollbesitz der bürgerlichen Rechte entzogen worden sei. Das kann aber nie durch eine Strafe für ein politisches Verbrechen geschehen. Ich verweise auf die Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung und auf das Amendment, das Robert Mohl zu Gunsten der Wählbarkeit politisch Verurtheilter gestellt hat, um darzuthun, daß das erste deutsche Parlament ganz unbedingt Jeden zulassen wollte, der wegen politischer Verbrechen eine Strafe verbüßt hat, und dieser Gesichtspunkt muß auch bei den gegenwärtigen Wahlgesetzen zutreffen, da dieselben ja dem deutschen Reichswahlgesetz von 1849 entnommen sind. Mit dem mecklenburgischen Wahlgesetz wollte man offenbar nur bezeichnen, mich in Mecklenburg selbst auszuschließen, nicht hier, noch anderswo. Die Ungültigkeitsklärung meiner Wahl würde vielleicht die mecklenburgische Regierung annehmen berühren, aber ich hoffe, daß dies kein Motiv für das hohe Haus sein kann, dieselbe auszusprechen. (Bravo.)

Abg. Graf Bassewitz: Wenn der Hr. Referent im Anfang seiner Rede sagte, es wäre besser, die politischen Verhältnisse nicht zu berühren, so wäre es wohl gut gewesen, wenn er hiernach verfahren wäre und nicht allgemeine Ausführungen gebraucht hätte, die Insinuationen gegen die mecklenburgische Regierung und Gerichte enthalten. Dazu war gar keine Veranlassung vorhanden und diese Art der Beweisführung war am wenigsten glücklich.

Abg. Wagener (Neustettin): Die juristischen Deductionen des Hrn. Referenten und des Abg. Wiggers haben mich nicht überzeugen können, da nach dem Wortlaut des Wahlgesetzes nur der in den Reichstag gewählt werden kann, der in irgend einem Wahlkreis aktiver Wähler ist. Der Abg. Wiggers ist nun aber nicht aktiver Wähler, auch in Preußen nicht, da ihm die Voraussetzung des Wählrechtes fehlt. Ich bin aber trotzdem für die Gültigkeit der Wahl, weil mir meine eigene juridische Auffassung nicht so hoch steht, um jede entgegenstehende zu verwerfen, und da im vorliegenden Falle wenigstens die Möglichkeit einer entgegengesetzten Auffassung vorhanden ist. Der Grund, der mich hierzu bestimmt, ist der, daß wir, da wir gegenwärtig damit beschäftigt sind, ein allgemeines norddeutsches Indigenat zu begründen, die partikularistischen Gesetzegebungen möglichst be seitigen müssen und keinen Anachronismus dadurch begehen dürfen, daß wir uns gefangen nehmen lassen durch zweideutige particularistische rechtliche Bestimmungen.

Mecklenburgischer Bundes-Commissar Weyell: Ich bestätigte weder gegen den Antrag der Commissien zu sprechen, noch die Ungenauigkeiten zu berichtigten, die im Bericht des Referenten in Betreff der mecklenburgischen Rechtsverhältnisse enthalten waren. Nur im Betreff des Vorwurfs wollte ich einige Worte sagen, den man der mecklenburgischen Regierung wegen Erlaß des Wahlgesetzes gemacht hat. Man sagt, das Gesetz sei eigens dazu gemacht worden, um den Adolaten Wiggers von der Wahl auszuschließen. Dies ist ein harter Vorwurf, den ich zurückweisen möchte. Ich selbst bin beheimatet bei Erlaß des Gesetzes und meine Person würde dadurch belastet werden, wenn man annähme, daß das Gesetz aus persönlichen Rücksichten eingerichtet und zugeschnitten worden wäre. Was den ersten Punkt, die Hinweglassung des Al. 2 des § 5, welcher sich auf die passive Wahlberechtigung bezieht, betrifft, so gebe ich zu, daß die betr. Bestimmung des

Reichswahlgesetzes eine verschiedene Auslegung zuläßt. Zur Rechtfertigung führe ich die Argumentation an, welche der Herr. Commissar des preuß. Abgeordnetenhauses von einer Seite hierfür gegeben worden ist und welche unserer mecklenburgischen Auffassung so ziemlich gleich kommt. Die mecklenburgische Regierung hatte doch entschieden das Recht, von dieser Bestimmung keinen Gebrauch zu machen. Sodann bemerkte ich, daß nach Erlass des Reichswahlgesetzes v. Mai 1849 in Mecklenburg noch 2 Wahlgesetze erlassen worden sind, in denen beiden gleichfalls diese Bestimmung fehlt; und an diesen haben, wenn ich nicht irre, die beiden Herren Wiggars selbst mitgearbeitet. — Die Buchthausstrafe ist in Mecklenburg nichts anderes, als in andern Ländern; es ist immer eine gewisse Gnade der Ehrenrechte damit verbunden; in dieser Beziehung war die Bestimmung der Bescholtenheit schon in dem Wahlgesetz für Erfurt und in dem mit dem Staatsgrundgesetz verbundenen Wahlgesetz enthalten; und dasselbe waren hierfür dieselben Gründe maßgebend, die bei Erlass des letzten Gesetzes vorhanden waren.

Abg. Graf zu Eulenburg: Ich bin nicht im Stande, aus irgend welchen Gründen von meiner rechtlichen Überzeugung abzugehen, die dahin geht, daß die Wahl des Hrn. Wiggars für ungültig zu erklären ist. Es kommt vor allen Dingen darauf an, ob Hr. Wiggers wahlberechtigt ist, und für die Entscheidung dieser Frage kann man nur die Gesetze seines Wohnorts resp. seiner Heimat anwenden. Das Beispiel in Bezug des Wechselrechtes spricht gerade für mich, da hier eine ausdrückliche Ausnahme von dem allgemein gültigen Rechtsgrundgesetz gemacht ist. Der Umstand, daß eine gleichmäßige Gelegbung wünschenswert wäre, kann mich nicht bestimmen, von dem unzweifelhaften Rechte abzusehen.

Abg. Dr. v. Wächter (Leipzig): Auch ich stelle mich lediglich auf den juristischen Standpunkt, kommt aber zu einem ganz andern Resultat, wie der Hr. Vorredner. Nach meiner volstaatlichen Überzeugung läßt sich die Wahl des Hrn. Wiggars nicht ansehn. Es ist Thatache, daß Hr. Wiggers wegen politischen Vergehens zu einer Buchthausstrafe verurtheilt worden ist und dieselbe verfügt hat. Die Frage ist nun, welche rechtliche Folgen diese Thatache hat, und hierbei ist wieder zu fragen ob man dies nach preuß. oder nach mecklenb. Rechte zu beurtheilen hat. Es ist allerdings ein früherer Grundatz, daß die Staatsrechte sich bestimmen nach den Gesetzen des Landes, wo jemand seinen Wohnsitz hat. In der Praxis haben sich aber große Bedenken gegen diesen Grundatz erhoben und man hat bald so viele Ausnahmen dagegen zugelassen, daß man mit der Zeit die ganze Theorie fallen lassen mußte. Zu welchen Resultaten würde dann auch die strikte Handhabung dieses Grundatzes führen? Wenn Sie ein Recht von dem preußischen Fiskus zu fordern hätten und Sie sind in Mecklenburg ansässig, wollen Sie da denn das mecklenburgische Gesetz anwenden? Der mecklenburgische Adel hat z. B. viele Rechte zu Hause; wollen Sie denn, daß dieselbe sie auch in Preußen anwenden soll? (Beifall.) In Beziehung auf staatliche und staatsbürglerliche Rechte kann deshalb nur der Grundatz zur Anwendung kommen, daß diese nach den Gesetzen des Landes angewandt werden, wo sie zur Sprache und zur Geltung gebracht werden. Das preußische Landrecht geht allerdings noch von der falschen Theorie des vorigen Jahrhunderts aus; man sah aber bald die Notwendigkeit ein, diesen Grundatz zu modifizieren. Bei dem vorliegenden Fall kann deshalb nur das preußische Gesetz in Anwendung kommen, nicht mecklenburgisches Recht. (Bravo.) Es hat allerdings etwas Schein für sich, daß jeder, der passiv wahlfähig sein soll, auch aktiv wahlfähig sein müßte; es ist aber im Gesetze ausdrücklich die Ausnahme statuirt, daß passiv wahlfähig auch der sein soll, welcher wegen politischer Vergehen zu Buchthaus verurtheilt worden ist. Ich bin deshalb durchaus für Aufrechterhaltung der Wahl. (Beifall.)

Abg. Dr. Bachariä führt in Übereinstimmung mit dem Vorredner aus, daß in diesem Fall das preuß. und nicht das mecklenburgische Wahlgesetz maßgebend sei. Die Frage der Statuten-Kollision fällt in die Sphäre des Privatrechts und kann bei öffentlichem Rechte nicht in Betracht kommen; denn die Natur des öffentlichen Rechtes ist eine absolute, sie schließt jede Willkür aus; jeder Staat ist notwendigerweise in seiner Sphäre souverän, und keine auswärtige souveräne Gewalt kann auf das öffentliche Recht eingreifen. Hier kann also nur das preußische Wahlgesetz entscheiden; nach preußischem Gesetze aber ist kein Zweifel gegen die Gültigkeit der Wahl. Hiernach ist die Wahl ganz unzweifelhaft für gültig zu erklären. (Beifall.)

Abg. v. Vincke (Hagen): Zu meinem lebhaften Bedauern kann ich den Erwägungen der beiden Vorredner nicht bestimmen, was ich um so lieber thun möchte, da Abg. Wiggers unzweifelhaft politische Verdienste um seine Heimat hat und mit unverdienter Härte behandelt worden ist. Die beiden bedeutenden Rechtslehrer haben aber meine juristischen Bedenken nicht widerlegen können. Es handelt sich hier um eine klare Bestimmung des preußischen Wahlgesetzes. Im § 5 heißt es ausdrücklich: "Wählbar ist jeder Wahlberechtigte eines der norddeutschen Bundesstaaten";emand, der gewählt wird, muß also irgendein Wahlberechtigter sein; Wiggers ist aber weder in Preußen, noch in Mecklenburg wahlberechtigt: folglich ist seine Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Wölfel (für die Gültigkeit): Bei der Auslegung des § 5 ist wohl zu unterscheiden zwischen der Berechtigung zur Wahl in abstracto und der Ausübung des Wahlrechts in concreto. In abstracto besitzt Wiggers die Wahlberechtigung in Preußen auf jeden Fall; ob er dieselbe auch ausüben darf, kommt hierbei nicht in Betracht. Bei den Wahlprüfungen in den Abtheilungen haben wir auch nie darnach gefragt, ob der betr. Abgeordnete auch wirklich in den Wählerlisten eingetragen war, womit doch das Recht zur Ausübung des Wahlrechts erst geschafft wird. Ich bitte Sie deshalb, die Wahl für gültig zu erklären. Wir erklären durch ihre Genehmigung, daß wir in der Reichs-Hauptstadt nach mecklenburgischem Rechte nicht leben und nicht sterben wollen (große Heiterkeit) und daß uns mecklenburgische Männer willkommen sind, die mit Patriotismus an der gemeinsamen Sache arbeiten wollen.

Abg. Wiggers (Rostock): Der Hr. Bundes-Commissar für Mecklenburg hat vorhin bei Erwähnung der beiden Wahlgesetze, in denen gleichfalls die Bestimmung, daß die Bestrafung wegen politischer Verbrechen von der Wahlberechtigung nicht ausschließe, fehlt, erwähnt, daß die beiden Wiggers hieran mitgearbeitet haben. Wenn der Hr. Commissarius vollständig informiert gewesen wäre, so würde er sich wohl enthalten haben, uns mit verantwortlich zu machen für diese Gesetzeslücke. Mit dem Erfurter Wahlgesetz haben wir überhaupt nichts zu thun gehabt, beim mecklenburgischen haben wir allerdings mitgestimmt, aber gegen dasselbe, ebenso wie gegen das ganze Staatsgrundgesetz. Erst als es später wieder

beseitigt wurde, haben wir uns für Aufrechterhaltung desselben interessirt.

Abg. Schleiden: Ich will nur auf einen persönlichen Angriff antworten. Ich meine, der geehrte Herr, welcher in meinem Bertrage Informationen gegen die mecklenburgische Regierung zu finden glaubte, hat entweder sich verirrt oder mich falsch verstanden. Ich bin mir bewußt, ganz objectiv geblieben zu sein. (Bravo!) Ich habe lediglich referirt, daß von anderer Seite behauptet sei, daß das Gesetz mit Rücksicht auf den Abg. Wiggers so gesehen wäre; ich selbst habe kein Urtheil darüber gesetzt. Ich berufe mich ganz getrost auf die Mehrheit dieses Hauses. (Lebh. Zustimmung.) — Darauf wird abgestimmt und die Wahl mit großer Majorität für gültig erklärt; dafür stimmt u. A. auch Abg. Prinz Friedrich Karl; dagegen u. A. Abg. v. Vincke-Hagen, sowie die Abg. General v. Steinmetz, v. Moltke und Vogel v. Falkenstein.

In Bezug auf die Wahl des Abg. Ahlemann (2. Schles.-Holst. Wahlkreis) beantragt die 3. Abthlg. Beauftragung. Der Abg. A. ist mit 156 Stimmen über die absolute Majorität gewählt. Ein gegen die Wahl eingegangener Protest thieilt mit, daß ein ganzes Dorf Doberup mit 312 Wahlberechtigten bei Aufstellung der Wählerlisten vollständig übergangen worden. Die Abtheilung beantragt deshalb, die Wahl zu beanstanden. — Abg. Franke befürwortet den Antrag und erklärt die Wahl für besonders wichtig, da hier die Frage zur Entscheidung kommt, ob der betr. Kreis deutsch oder dänisch ist. Die preuß. Regierung habe übrigens selbst den dänischen Ausfall der Wahl durch ihre eigene Schulde herbeigeführt, da in Folge der Aufstellung eines Regierungs-Candidaten sich die deutschen Stimmen zerstreut hätten. Nebrigens sei es zweifelhaft, ob der Gewählte sich überhaupt im Besitz des Staatsbürgerechtes befindet; außerdem wären von dänischer Seite große Wahlbeeinflussungen vorgekommen; man erzähle unter andern, daß die Dänen Stimmen für 1 Speciesthaler gekauft hätten. Redner beantragt, auch auf diese beiden Punkte die Nachforschungen auszudehnen.

Abg. Evans: Ich will nur den bis jetzt exceptionellen Fall constatiren, daß die Abtheilung einmal eine Wahl beanstandet hat, und meine Freude darüber ausdrücken. Ich glaube schon es wäre Grundsatz der Abtheilung, überhaupt keine Wahl zu beanstanden.

Präsident Dr. Simson: Der Hr. Abgeordnete hätte besser gethan, seine Freude zu unterdrücken, anstatt der Abtheilung einen Vorwurf zu machen, zu dem er unter keinen Umständen ein Recht hat.

Abg. v. Hagle: Recht muss Recht bleiben auch dem politischen Gegner gegenüber. Die Frage, ob der Abgeordnete ein Däne oder Deutscher ist, ist gleichgültig; indeß sind die Bedenken gegen die Wahl der Art, daß ich gleichfalls eine Untersuchung der Thatsachen befürworten muß.

Abg. Ahlemann: Meine Muttersprache ist die dänische, ich bitte die Herren deshalb um Nachsicht. Es ist eine ganz merkwürdige Sache, daß, obgleich ich die Majorität habe, gerade meine Wahl beanstandet werden soll. Es ist bekannt gezeugt, daß, wenn eine Partei bei der Wahl unterstützt worden ist, dies gerade die deutsche Partei war. Ich kann versichern, daß ich meinerseits nichts dazu beigetragen habe, um mich auf diesen Platz zu stellen. In meinem Umkreise ist auch kein schlechtes Mittel angewandt worden. Daß ganze Amt Söderburg und Norburg ist dänisch. Wenn die Behörden ein Versehen begangen haben, so ist es doch sonderbar, daß meine Wahl, nachdem sie der Wahlkommissar für gültig erklärt hat, angefochten ist; es ist ganz unzweifelhaft, daß in 2 schleswig-holsteinischen Wahlkreisen das dänische Element die Oberhand hat. Ich muß hierbei noch bemerken, daß die Wahlkreise in Schleswig-Holstein sehr wunderbar eingeteilt worden sind, um die Dänen in die Minorität zu bringen.

Abg. Graf Baudissin: Ich muß die Information des Hrn. Vorredners zurückweisen. Die „Königl. Btg.“ bringt fast täglich mit großer Vorliebe Artikel über die Abtreitung von Nordschleswig, die ähnlich begründet wird.

Der Antrag auf Beauftragung der Wahl wird angenommen, und beschlossen, das Bundespräsidium zu ersuchen, darüber Nachforschungen anzustellen, ob das Dorf Doberup in den Wählerlisten ausgelassen ist und wie viel wahlfähige Einwohner dort sind, sowie ob Stimmen im Wahlkreise gekauft worden sind. (Dafür auch Abg. Prinz Friedrich Carl.)

Für gültig werden alsdann erklärt u. A. die Wahlen der Abg. Graf zu Stolberg-Wernigerode; v. Czarlinskij. Bei der Wahl des Abg. Wisselink (Schw.) ist ein Protest eingelaufen, der folgende Punkte enthält: 1) daß an Stelle eines Wahlvorsteigers der Sohn desselben fungirt habe; 2) daß in einem Bezirk während der Wahlzeit der Vorstand bedeutende Quantitäten Bier getrunken (große Heiterkeit), nur Karten gespielt und die polnischen Wähler verhöhnt habe — diese beiden Punkte sind nicht erwiesen; 3) es wären Bettel ungültig erklärt worden, welche den polnischen Namen des Wohnortes des Candidaten enthalten hätten, und dies sei begründet. Allein dies über auf das Resultat keinen Einfluß aus und daher beantrage die Abtheilung Gültigkeitsklärung der Wahl, welcher auch das Haus beitrete. — Zu der Wahl des Abg. v. Schönig ist ein Protest eingelaufen von Kaufmann Sammel und 74 Genossen unterzeichnet, welche erklärt haben, daß sie sämtlich für den liberalen Candidaten gestimmt hätten und daß in der Urne sich nur 34 Bettel vorgefunden hätten. Mit Rücksicht darauf, daß dieser Umstand das Resultat der Wahl nicht alterire, beantragt die Abtheilung; 1) die Wahl für gültig zu erklären; 2) dem Bundespräsidium diesen Vorfall zur Kenntnisnahme mitzuteilen. Das Haus tritt dem Antrage bei. — Gegen die Wahl des Abg. v. Baer ist mehrere Proteste eingelegt worden; allein dieselben sind, wie sich heute erst herausgestellt hat, theilweise unbegründet, theils über sie auf das Resultat der Wahl keinen Einfluß aus. Das Haus erklärt die Wahl für gültig. — Nächste Sitzung Sonnabend.

Parlamentarische Nachrichten.
Berlin, 8. März. Der „K. S. B.“ wird von hier geschrieben: Die Berathung des Verfassungs-Entwurfes hat gestern Abend in den Fractionen begonnen. In der national-liberalen sprachen Lasker und Miquel aus Hannover mit besonderem Beifall. Lasker setzte die Budgetfrage klar auseinander. Die allgemeine Stimmung ist noch immer für die Amendierung des Verfassungs-Entwurfes in dem Sinne, daß die Rechte der Einzelsämmere zum Mindesten auf das Parlament übertragen werden. Die Nachricht, daß auch die liberalen Parteien den Entwurf, so wie er vorliegt, annehmen werden, ist jedenfalls verfrüht. Man will das Prinzip des parlamentarischen Budgetrechtes im Gegenteil möglichst wahren, was allerdings Übergangsbestimmungen, die ein Pauschalquantum für einige Jahre bewilligen würden, keineswegs ausschließt.

* [Die Altliberalen — jetzt linkes Centrum.] Der „Schles. Btg.“ wird von Berlin geschrieben! „In der Stellung der bisher sog. altliberalen Partei des Reichstages ist eine Klärung eingetreten, bei welcher sich diese Partei allerdings einer bedeutenden Umwandlung unterzogen hat, indem sie sich trennt und schließlich auch ihren alten Namen aufgegeben hat.“ Schon vor der Präsidentenwahl waren die avancierten Mitglieder der altliberalen Partei unter Simson's Führung der national-liberalen Partei beigetreten; Wachler, Möpell, v. Leipzig, Graf Henkel v. Donnersmarck, während diejenigen Mitglieder, welche das Einheits-Büro für noch unumwundener in den Vordergrund stellten, dieses Büro in einer selbständigen Vereinigung sicherer zu erreichen geglaubt haben. Bei dem Gleichgewicht, welches zwischen den Liberalen einer- und den Conservativen andererseits herrscht, ist es durch die Natur der Sache geboten, daß eine in der Mitte stehende Partei, selbst wenn sie verhältnismäßig schwach an Zahl, in allen Fällen einen bedeutenden, ja ausschlaggebenden Einfluß haben kann. Diese aufcheinend so einflussreiche Stellung hat allerdings in unseren eigentlich Verhältnissen engere Grenzen, als anderwärts der Fall sein würde. Eine solche Partei kann, so lange sie numerisch schwach bleibt, ihre eigenen Wünsche und Vorwerke doch nur in seltenen Fällen ohne Compromisse durchsetzen, und es ist eine sehr schwierige Klippe für sie, durch die persönliche Genugthuung, welche eine solche Rolle reichlich bietet, nicht auf das Festhalten eines positiven Prinzipps, ohne welches eine Partei niemals lebensfähig ist, ganz zu verzichten. Das Debüt der Partei, soweit die „Machtfrage“ — wenn man diesen Ausdruck gebrauchen darf, — ins Spiel kommt, war ein glückliches, denn, ehe sie sich noch constituiert hatte, gelang es ihr, bei der Präsidentenwahl zuerst Simsons Wahl herbeizuführen, und dann den Herzog von West zwischen Simson und Bennigsen einzuschließen. Gest hat sich diese Partei förmlich constituit, und auf der Bestelltafel des Hauses las man gestern mit einiger Überraschung die Anzeige: „Fraction des linken Centrums (v. Vincke-Olbendorf) Biinner Nr. III.“ Die Fraction besteht aus etwa 20 Mitgliedern. Unter denselben befinden sich außer den alten Parlamentsmännern v. Vincke-Olbendorf, Graf Dyhrn, v. Sänger-Grahove, Morz Dancker, v. Behmann-Hollweg, eine Anzahl neuer Mitglieder: die Herren: v. Nehrl, Dr. Falk, Dr. Niedel-Brieg, Dr. Friedenthal-Reisse, Evert-Hohenzollern, vom Rath (Cleve-Geldern), Bolke, Freiherr v. Dörnberg u. A. Auch einige bedeutendere Persönlichkeiten aus den neuworbenen und den alliierten Ländern haben sich dieser Fraction angeschlossen, so Graf Solms-Laubach und Frhr. v. Rabenau aus Oberhessen, Rector v. Gerber aus Leipzig, Dr. Braun aus Plauen, Freih. Schenk v. Schweinsberg aus Kurhessen. Graf Scherzer hat den Beitritt abgelehnt und ist entschlossen, zu der national-liberalen Partei zu treten, während Georg v. Vincke wahrscheinlich der Fraction des Centrums angehören wird. Vorläufig hat sich jedoch die Bildung der Partei ohne seine direkte Mitwirkung, wie überhaupt ohne die der alten Führer vollzogen.

Politische Übersicht.

Die „Beid. Corresp.“ schreibt: „Die neuesten Nachrichten aus Irland lassen die fenische Bewegung — wie wir dies schon seit längerer Zeit prognostiziert — in einem etwas ernsteren Lichte erscheinen. Wir glauben uns auch nicht zu täuschen, wenn wir unsere Behauptung wiederholen, daß sich voraussichtlich demnächst auch ein Zusammenhang der fenischen mit der sog. Reform-Bewegung in England herstellen dürfte. Bekanntlich bilden in England die Iränder nicht nur die Masse der Arbeiter, sondern sind auch ein sehr wesentlicher Bestandteil der Armee und der Polizei.“ Diese Mittheilungen des conservativen Berliner Organs sind wohl übertrieben.

Die Unterhandlungen in Bezug des Orients sind, wie man der „Kreuztg.“ mittheilt, bis jetzt noch ohne irgend ein definitives Resultat gekommen, und allem Anschein nach ist ein solches auch noch in sehr weitem Felde. Eine der letzten Nachrichten war, daß die drei Schleswigsche Griechenlands die absolute Autonomie für Candia beantragen. Die Pforte aber hat sich sehr entschieden gegen eine Combination erhoben, welche zur Folge haben könnte, daß die Kandidaten die vertragsmäßigen Bande zwischen ihnen und der Tükei vollkommen zerreißen würden. Ich glaube — fügt der Kreuzztg.-Correspondent hinzu — der Wahrheit sehr nahe zu sein, wenn ich hinzufüge, daß England die Pforte in ihrem Widerstande unter der Hand befürkt. Die feindselige Stimmung in St. Petersburg gegen Frankreich schließt übrigens schon von vorn herein die Glanzwürdigkeit der Angabe aus, die drei Mächte seien vollkommen einverstanden mit einander. Im Grunde will England den Status quo, Frankreich die Unabhängigkeit Candias, Russland die Fortdauer der Agitation ohne den sofortigen Versuch einer Lösung. Neuerdings hat die Pforte es so einzurichten gewußt, daß ihr Ergebnis-Adressen aus Candia zugeschickt werden. Gleichzeitig schlägt sie diplomatische Conferenzen behufs Prüfung der Beschwerden der Bevölkerung vor.“

Berlin, 8. März. Die Vermählung des Grafen von Flandern mit der Prinzessin Marie von Hohenzollern-Sigmaringen wird am 25. April hier in Berlin stattfinden. Wie die „Kreuztg.“ hört, wird auch der König der Belgier zu diesem Termine in Berlin anwesend sein.

Wie die „Beid. Corr.“ mittheilt, beabsichtigt die Regierung in Bezug der Reorganisation Hannovers die hier anwesenden hannoverschen Reichstags-Abgeordneten als Vertrauensmänner gutachtlich zu hören.

Die Motive zum Verfassungsentwurf werden, wie das „N. A. B.“ hört, „so weit es im Interesse der Sache nötig ist“ (!!) abschnittsweise mitgetheilt werden.

Die Beisetzungen, welche den Staatsanwälten und Polizeibehörden rücksichtlich der Preßfreiheit für die Reichstagsberichte zugegangen sind, gehen dem „Neuen Allg. Pressebl.“ nach dahin, von dem Einschreiten gegen ein Blatt in jedem einzelnen Falle erst höhern Orts zu berichten. Dadurch wird die Gleichmäßigkeit in der Beurtheilung der strafbaren Handlungen gewahrt werden.

* [Eine neue Anklage gegen Tweten.] Wegen einer im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede ist eine weitere Verfolgung gegen ein Mitglied des Hauses eingeleitet worden. Aus den Debatten der denkwürdigen Sitzungen vom 9. und 10. Febr. 1866 über den Beschlus des Obertribunals vom 29. Jan. gegen die Rechtfertigkeit des Parla-ments hat der Ober-Staatsanwalt Adlung die Rede des Abg. Tweten herangezogen, um gegen denselben eine neue Anklage zu erheben. Diesmal ist nicht der Weg der Criminal-Untersuchung gewählt worden, sondern eine



Tafel-Aufsätze
und
Dessert-Service.

Manufacture: in Paris, Rue de Bondy, 56; — in Carlsruhe (Grossherz. Baden).

Versilberte Tafelgeräthe. — Bestecke von Alfénide.

Der durch die Orfèvrerie Christofle erzielte Erfolg hat uns nur bestärken können, auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren, indem wir gute Erzeugnisse so billig wie möglich, aber immer nur gute Erzeugnisse liefern; welche Conkurrenz uns auch gemacht werde, wir werden stets deren Solidität und Qualität aufrecht erhalten. Nur machen wir das Publikum auf den Missbrauch aufmerksam, welcher täglich mit unserm Namen und Tarif stattfindet.

Um dem entgegen zu treten, bitten wir die Abnehmer unserer Produkte inständig, nur diejenigen Gegenstände zu kaufen, die mit den Stempeln unserer Gesellschaft versehen sind, davon der eine den Namen Christofle in allen Buchstaben und der andere in einem vieredigen Felde einen ovalen hier neben bezeichneten Stempel trägt. Ein anderer vierediger Stempel mit dem Worte Alfénide wird auf die glatten und hohen Bestecke von weissem Metall, deren Verbrauch sich von Tag zu Tag steigert, geschlagen.

Aachen:	F. H. Gerdes-Neuber.
Augsburg:	J. M. Beerl.
Bonn:	D. Delimon.
Braunschweig:	Joh. Nehrhorn.
Carlsruhe:	Christofle u. Cie.
"	A. Winter u. Sohn.
"	F. Mayer u. Cie.

Freireligiöse Gemeinde.
Sonntag, den 10. März, Vormittags 10 Uhr: Gotztag im Saale des Gewerbehause.

Predigt: Herr Pred. Röckner.

Johanna Klingsporn,
Adolf Rohrbek.

(9657) Verlobte.

Marienwerder. Karschwil.

Als Verlobte empfehlen sich: (9643)

Henriette Lichtenstein,
Rudolph Lichtenberg.

Die Verlobung meiner Tochter Anna mit dem Königl. Premier Lieutenant im 4. Ostpreußischen Grenadier-Regiment Nr. 5, Herrn Schlutius, zeige ich hiermit ergebenst an.

Culm, den 5. März 1867.

Bern. Stadt-Kämmerer

Gustave Bach, geb. Suchland.

Heute Abend um 9 Uhr wurde meine liebe Frau Bertha geb. Ramow, von einem gefundenen Mädchen glücklich entbunden.

Gardischau, den 8. März 1867.

(9660) A. Bielsfeldt.

Bekanntmachung.

Die Stelle eines Schuladjuncten im Güttland, mit welcher neben freier Wohnung und dem nötigen Brennmaterial zur Heizung derselben ein monatliches Einkommen von 8 R. 10 Sgr. verbunden ist, soll commissarisch besetzt werden.

Meldungen zu dieser Stelle sind binnen 14 Tagen bei uns einzureichen.

Danzig, den 4. März 1867.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In dem Concuse über den Nachlass des Lehrers Michael Ferdinand Platz zu Königlich Schönlies haben nachträglich:

1) der Schmied Carl Reschke zu Schönlies eine Forderung von 8 Thlr. 20 Sgr.,

2) die Carl Lenzerschen Erben zu Schönlies eine Forderung von 14 Thlr. 25 Sgr. 8 Pf.

3) der Knecht Gottlieb Drews zu Abbau Strippau eine Forderung von 19 Thlr.,

4) der Zimmergasse Christian Kowale zu Bed eine Forderung von 4 Thlr.,

5) die Witwe Schwertfeger zu Schönlies eine Forderung von 8 Thlr.,

6) der Müllermeister Carl Wilhelm August Platz zu Restempohl eine Forderung von 14 Thlr.,

7) der Knecht Carl Gillmeister zu Kl. Strippau eine Forderung von 58 Thlr. 3 Sgr.,

8) die Witwe Leonore Lipke zu Schönlies eine Forderung von 27 Thlr. 10 Sgr.,

9) der Besitzer Doering zu Schönlies eine Forderung von 16 Thlr. 3 Sgr. 3 Pf. ohne Vorrecht angemeldet. Der Termin zur Prüfung dieser Forderungen ist

auf den 20. März d. J.

Vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Commissar im Termis-

zimmer No. I. anberaumt, wovon die Gläubiger,

welche ihre Forderungen angemeldet haben, in

Kenntniß gesetzt werden.

Berent, den 5. März 1867.

Königl. Kreisgerichts-Deputation.

Der Commissar des Concurses.

Strehle. (9534)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmenregister Nr. 146 eingetragen, daß der Kaufmann Ernst Winter in Dirschau ein Handelsgeschäft unter der Firma Ernst Winter ebenfalls betreibt.

Pr. Stargardt, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abteilung. (9601)

Beilage zu Nr. 4123 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, den 9. März 1867.

Producten-Märkte.

Ahdalgsberg. 8. März. (K. H. B.) Weizen hochunter 127/128 & 97½ Kr. bez., bunter 70 83/97 Kr. Br. — rother 128/129 & 92 Kr. bez., 121 & 84 Kr. bez. — Roggen 120/121 & 80 & 55 Kr. bez., 126 & 59 Kr. bez., 70 80 & 70 Kr. bez. 56½ Kr. Br., 55½ Kr. Od., 70 Kr. Frühj. 58 Kr. Br., 57 Kr. Od., 70 Mai-Juni 58½ Kr. Br., 57½ Kr. Od. — Gerste 70 & 45 Kr. bez., Hafer 70 & 50 Kr. Br., kleine 43/50 Kr. Br., 98 & 45 Kr. bez., Hafer 70 & 50 Kr. 28/31 Kr. Br., 80 & 33 Kr. bez., Kr. Frühj. 32 Kr. Br., 30½ Kr. Od. — Erbsen 70 & 90 Kr. weiß: 55/66 Kr. Br., 55/58/59 Kr. bez., graue 60/88 Kr. Br., grüne 55/66 Kr. Br. — Bohnen 70 90 & 55/70 Kr. Br. — Widen 70 & 50/60 Kr. Br., 50 Kr. bez. — Leinsaat 70 & 85/95 Kr. Br., mittel 65/85 Kr. Br., ordinäre 35/60 Kr. Br., rothe 14/20 Kr. Br., 70 Kr. bez., Kr. Frühj. 13½ Kr. bez. — Rüböl o. f. 11½ Kr. bez. — Leinluchen 60/68 Kr. bez. — Rüblichen 56/59 Kr. bez. — Spiritus loco o. f. 17½ Kr. Br., 16½ Kr. Od., Kr. Frühj. ohne Fass 17½ Kr. Br.

Berlin. 8. März. Weizen 70 2100 & loco 70—87 Kr. nach Dual. 70 2000 & April-Mai 78½—77½ Kr. verl. u. Od. — Roggen loco 70 2000 & 56—56½ Kr. bez., gerig. 55—½ Kr. bez., fein 57½—½ Kr. bez., schwimm. 80—84 54½—55½ Kr. bez., Frühj. 54—54 Kr. verl. u. Br., 53½ Kr. Od. — Gerste loco 70 1750 & 45—51 Kr. nach Dual. — Hafer loco 70 1200 & 26—29 Kr. nach Dual. — Erbsen 70 2250 & Kochware 52—66 Kr. nach Dual. Aut.

Berliner Fondabörse vom 8. März.

Eisenbahn - Letten.

Blaende pro 1865.		
Nachen-Düsseldorf	47/80	3½
Nachen-Maastricht	4	33½ b3
Amsterdam-Norderb.	7½	101 b3
Berghs.-Märk. A.	9	151 b3
Berlin-Inhalt	13	219½ b3
Berlin-Hamburg	9½	157½ b3
Berlin-Potsd.-Magdeburg	16	206½ b3
Berlin-Stettin	8	135½ b3
Böh. Westschau	— 6	63 b3
Bresl.-Schw.-Freib.	9	133½ b3
Brieg.-Neiße	5½	101½ b3
Elbe-Münzen	17½	143½ b3
Cosel-Oderbahn (Blubb.)	2½	56 b3
do. Siamm.-Br.	— 4½	77½ b3
do. —	5	82½ b3
Ludwigsb.-Berbach	10	149 b3
Magdeburg-Halberstadt	15	204 b3
Magdeburg-Leipzig	20	255 b3
Mainz-Ludwigsburen	8	130½ b3
Miedlenburger	3	79 b3
Niederh.-Märk.	—	91½ b3
Niedersol. Bresigbahr	3½	94½ b3

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich mein photographisches Geschäft hier selbst auflöse und vom 1. April d. J. in Langeführ No. 2 ein nach meinen in England und Amerika gesammelten Erfahrungen eingerichtetes Atelier eröffnen werde.

Nicolay Nissen,
(9639) Photograph, Vorst. Graben 50.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung von heute ist in das hier geführte Firmen-, Gesellschafts- und Procuren-Register eingetragen:
daß die hier bestehende Zweigniederlassung der Handlung Ibig W. M. Cohn in Breslau (Inhaber Kaufmann Michael Cohn daselbst) in ein selbständiges Handelsetablissement umgewandelt worden, daß, nachdem der Kaufmann Michael Cohn in dasselbe mit dem 1. Januar d. J. den Kaufmann Albert Cohn hier selbst als Handels-Gesellschafter aufgenommen hat, hier selbst eine Handels-Gesellschaft unter der Firma Ibig W. M. Cohn besteht, und daß die von der Handlung Ibig W. M. Cohn dem Albert Cohn ertheilte Procura erlohen ist.

Thorn, den 4. März 1867.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Ein bei der Demobilisirung nicht veräußertes Pferd (Schweifuchs, eleganter Reitschlag) soll Sonnabend, den 16. März c., Vormittags 11 Uhr, auf dem Stadthofe für Rechnung der Commune meistbietend gegen gleich baare Zahlung verkauft werden.

Danzig, den 9. März 1867.

Der Magistrat.

Fritz Engel's homöopathische Central-Apotheke, Graudenz (Junkerstrasse 77, 1 Treppe), empfiehlt

grosse complete Haus-Apotheken, für Menschen nach Dr. Clothar Müller, für Thiere nach Dr. Günther, kleinere Cholera-, Zahn-, Reise- etc. Apotheken, Urtincturen, homöop. Oblaten-Caffee und Cacao.

Amerikanische Essensen werden direct bezogen. Jeder Auftrag wird schnell und zuverlässig ausgeführt.

(7999)

Natten, Mäuse, Wanzen, Schaben Franzosen (Blatta orientalis), Motten u. w. vertilgt mit sichlichem Erfolge und jähr. Garantie. Auch empfehl. meine Präparate zur Vertilgung u. Ungeziefers. (6231)

Wih. Drensing, Königl. app. Kammerjäger, Heiligegeistgasse 60, vis-a-vis d. Gewerbeh.

terwaare do. — Rüböl loco 70 100% ohne Fass 11½ Kr. Br. — Leinöl loco 13½ Kr. — Spiritus 70 8000% loco ohne Fass 16½ Kr. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 5½—5½ Kr. — Kr. Nr. 0. u. 1. 5½—4½ Kr. — Roggenmehl Nr. 0. 4—4½ Kr. — Kr. Nr. 0. u. 1. 4—3½ Kr. bez. Kr. unversteuert.

Breslau. 8. März. Für rothe Kleesaat bestand bei sehr festen Preisen gute Kauflust, alte 12—16½ Kr., neue 16—18½—19½ Kr., weiße Saat gefragt, ordinäre 16—20 Kr., mittel 21—23½ Kr., feine 25—27 Kr., hochfeine 28—29 Kr. Thymothee steigend, 10½—12½ Kr.

Gärtner.

Reisfahrmässer. 8. März 1867. Wind: O.S.W. Gesegelt: Nygreen, Aklera, Lübeck; Christiansen, Ganger Nolf, Dundee; beide mit Holz.

Wieder gesegelt: Smith, Engolina; Douwe, Argo.

Den 9. März. Wind O.N.D.

Ankommend: 2 Schiffe.

Familien-Nachrichten.

Verlobungen: Fr. Bertha Schenkelbach mit Herrn August Krause (Graudenz); Fr. Pauline Josephs mit Herrn Eduard Barth (Saalfeld); Fr. Auguste Ackermann mit Herrn Eduard Simonhuber (Raujeningen-Kalsnien).

Todesfälle: Herr Major und Landrat a. D. v. Fabek (Fablonken).

Verantwortlicher Redacteur: H. Rickert in Danzig.

Baarzahlung.

Ordnungsliebenden und sparsamen Personen können wir das Haus des Schneidermeisters Savigny, 47, rue Neuve des Petits Champs, Paris, nicht genug empfehlen; verkaufst bloß au comp-tant und gibt 15% Rabatt.

Die im Jahre 1830 auf Gegenseitigkeit gegründete Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu Leipzig hat auch im vergangenen Jahre ungeachtet der in so vielscher Beziehung höchst ungünstigen Verhältnisse befriedigende Geschäftsergebnisse erzielt. Die Zahl der eingegangenen Anträge und die zur Versicherung angemeldete Summe sind nur um wenig geringer als im Jahre zuvor, übersteigen dagegen erheblich alle früheren Jahre. Die Einnahmen des Jahres 1866 sind auf 487,800 Kr., mithin um 51,000 Kr. gestiegen. Die Ausgabe für Todesfälle bezieht sich auf 306,200 Kr. für 272 Personen und weist allerdinge eine sehr erhebliche Zunahme nach, welche aber ihre ausreichende Erklärung in der Cholera-Epidemie findet, welche Deutschland in so ausgedehntem Maße und mit einer fast überall ganz ungemeinen heimgesucht und der Gesellschaft eine Ausgabe von 61,000 Kr. verursacht hat. Aber auch andere Krankheiten, namentlich Typhus, haben viele Opfer gefordert. Trotz der schwierigen Verhältnisse des vergangenen Jahres hat die Gesellschaft die Auszahlung der Versicherungssummen, so viel es an ihr lag, möglichst beschleunigt. Es sind in Folge dessen über 132,000 Kr. noch vor Ablauf der statutarisch festgesetzten Zahlungsfrist ausgeschüttet und es ist dadurch den Empfängern ein um so größerer Dienst geleistet worden, als der Mangel an flüssigen Capitalien überall in der empfindlichsten Weise sich geltend macht. Nach Abzug der durch Tod auszeichneten 278 Personen, versichert mit 319,400 Kr., und der bei Geburten abgegangenen 362 Personen, versichert mit 334,600 Kr., hat sich am Jahresende ein Versicherungsbestand von 9748 Personen mit einem Versicherungscapital von 10,960,200 Kr. ergeben, gegen Ende 1865 ein reiner Zuwachs von 887 Personen, versichert mit 1,445,100 Kr. Neue Versicherungsanträge sind eingegangen in Höhe von 2,197,600 Kr. und davon wurden angenommen 1527 neue Versicherungen mit 1,695,400 Kr. und 91 Nachversicherungen mit 103,700 Kr.; der Vermögensbestand endlich beläuft sich Ende 1866 auf 2,386,000 Kr. [9527]

Blaende pro 1866.			Preußische Fonds.			Sächs. u. H. R. Rentendr.			Wechsel-Cours vom 7. März.		
Nord. Teileb.-Wih.	4	4	81½ b3			92½ b3			Amsferdau Kurz	3	143½ b3
Oberschl. Lit. A. u. C.	11½	3½	188½ b3			91½ b3			do. 2 Mon.	3	143½ b3
Litt. B.	11½	3½	161½ b3			90½ b3			Hamburg Kurz	3	151½ b3
Oester.-Frz.-Staatsb.	5	5	110½-111½ b3			89½ b3			do. 2 Mon.	3	151½ b3
Oppeln-Lausitz	3½	5	74½ b3			88½ b3			London 3 Mon.	3	5 2½ b3
Rheinische	7	4	118 b3 u G			87½ b3			Paris 2 Mon.	3	80½ b3
do. St.-Pries.	7	4	—			86½ b3			Wien Oester. 2 M.	4	79½ b3
Rhein.-Nahdebahn	0	4	33 b3			85½ b3			Angsburg 2 M.	4	66 2½ G
Russ. Eisenbahnen	—	5	78½ b3			84½ b3			Leipzg. 8 Tage	4	99½ G
Stargard-Bösen	4½	4½	95 G			83½ b3			do. 2 Mon.	4	99½ G
Oester. Südbahn	7½	5	110 et ½ b3 u G			82½ b3			Frankf. a. M. 2 M.	3½	56 24 G
Chätziger	8½	4	138 b3 u G			81½ b3			Hetersburg 3 Wo.	7	8½ b3
						80½ b3			do. 3 M.	7	8½ b3
						79½ b3			Warschau 8 Tage	6	81½ b3
						78½ b3			Bremen 8 Tage	3½	110½ b3
						77½ b3					
						76½ b3					
						75½ b3					
						74½ b3					
						73½ b3					
						72½ b3					
						71½ b3					
						70½ b3					
						69½ b3					
						68½ b3					
						67½ b3					
						66½ b3					
						65½ b3					
						64½ b3					
						63½ b3					
						62½ b3					
						61½ b3					

Schiff - Auction.

Montag, den 11. März c., Mittags 1 Uhr, wird der unterzeichnete vereidigte Mäster in hiesiger Börse in öffentlicher Auction an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung verkaufen:

Ein Sechszehtel Anteil in dem

Schiffe „Ramonita.“

geführt von Capitain C. Block.

Das Schiff fährt unter der hiesigen Reederei des Herrn James Mc. Lean, ist im Jahre 1860 hieselbst aus Eichenholz theils kupfer-, theils eisenfest ganz neu erbaut, jetzt $\frac{1}{3}$ G. I. classifiziert und 176 neu Normallasten gemessen. Das Schiff, welches Holz nach Paimboeuf ladet, liegt hieselbst am Holm, wo es von Kaufleuhabern besichtigt werden kann. Der Anteil ist bis 14. October d. J. mit 1000 bezahlt, welche Käufer bis dahin pro rata zu erstatten hat.

Sämtliche Kosten dieses Verkaufs-Verfahrens, so wie die der gerichtlichen Übertragung des Besitztums übernimmt Käufer.

Der Schlüstermin findet am selbigen Tage Abends 6 Uhr im Auctionslocle statt.

Der Zuschlag erfolgt, falls das abgegebene Meistgebot Annahme findet, innerhalb 24 Stunden, also spätestens am folgenden Tage, den 12. März c., Abends 6 Uhr, und bleibt Meistbietender bis dahin an sein Gebot gebunden.

Julius F. Domansky,

(9340) vereidigter Schiffsmäster.

Brennholz-Auction.

Dienstag, den 12. März, Morgens 9 Uhr, werde ich

ca. 50 Klafter eichen, birken und fichten Brennholz gegen baare Zahlung öffentlich versteigern. Das Holz steht

Fleischergasse 69 und Bleihof 8.

Am leichten Orte wird mit dem Verkaufe begonnen.

Nothwanger, Auctionator.

Von Paris direct

empfing die neuesten Modelle

von

Frühjahrsmänteln

und

Frühjahrshüten.

(9635) E. Fischel.

Kleiderstoffe

empfiehlt nach Eintressen aller Neuheiten für das Frühjahr vom einfachsten bis zum elegantesten Genre und in ganz außerordentlicher Mannigfaltigkeit.

(9636) E. Fischel.

Fetten Räucherlachs

in großen Fischen.

Frische Lachse

verschiedener Größe.

Astrach. Perl-Caviar,

vorzügliche Qualität.

Russische Sardinen, Kräuter-Anchovis u. c. und andere frische Fische, welche die Saison gerade darbietet, versendet

C. A. Mauss.

(9411) Candirten Ingber

empfiehlt billigst

Friedrich Groth,

2. Damm No. 15.

Klee- und Grassamen

empfiehlt ich zu den billigsten Tagespreisen.

(9363) N. Baeker in Mewa.

Frische Rübuchen

frei den Bahn-

höfen und ab hier billigst

N. Baeker in Mewa.

Frische Rüb- u. Leinkuchen

empfehlen zu billigsten Preisen

Richd. Döhren & Co.,

(9583) Danzig, Poggendorf 79.

Rot, weiß gelb u. schwe-

disch Kleesaat,

engl. französ. und ital. Raygras, franz. Luzerne, Thymothee, Schafschwingel, Seradella und andere Süßmereien, grüne und blaue Lupinen, Saat-Greide, Knochenreis (Superphosphat) und Dünger-Gyps offerire billigst.

(9328) W. Wirthschaft,

Gerbergasse No. 6.

Feine Oele und grüne Ab-

zichsteine, Weiszähen

in allen Größen,

beste Sorte, empfiehlt zu billigen Preisen

(9662) C. Müller, Jopeng. am Pfarrhof.

Ich wohne jetzt in der

(9640) Tannergasse No. 1

Ecke d. Johannisg.), 1. Et. 2. R. Rosenthal,

Graveur, Stempel- u. Wappenstecher.

Um meinen Umzug zu erleichtern, verkaufe von heute sämtliche Gegenstände meiner

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaren

zu bedeutend herabgesetzten Preisen und mache ich ein hochgeehrtes Pu-

blikum darauf aufmerksam, diesen Gelegenheitskauf nicht zu versäumen.

(9104)

F. Loewenstein, Langgasse 11.

Feuersichere asphaltierte Dachpappe,

vorzüglichster Qualität, in Bahnen und Tafeln, als feuersicher von der Königl. Regierung anerkannt, so wie Asphalt und engl. Steinföhlenheiz zum Überzuge empfiehlt ich bestens, auch übernehme ich auf Wunsch das Eindecken der Dächer jeder Größe unter Garantie zu billigsten Preisen.

(9396)

F. Studzinski,
Comtoir: Frauengasse No. 28.

Ein ganz neuer massiver Gasthof in einem Kirch- und Fabrikdorfe von ca. 1100 Einwohner, an der Chaussee belegen, mit Stallgebäuden, Scheune, Garten und Wiese, dazu 114 Morgen gutes Fleißhügel Land, soll für 10,000 Thlr. mit 6000 Thlr. Anzahlung verkauft werden. Auf Wunsch wird auch der Gasthof ohne Land verkauft. Kaufpreis 6000 Thlr. mit 4000 Thlr. Anzahlung. Uebergabe sogleich. Näheres bei Herrmann Kramer, Vorstadt, Graben 44 b.

(9631)

Gulden 200,000, 100,000, 40,000, 20,000, 15,000, 2mal 10,000 u. s. w. sind zu gewinnen in der schon am 10. April beginnenden Hauptziehung 6. Classe der Frankfurter Lotterie, wozu noch Lose in Ganze à Thlr. 52, halbe à Thlr. 26, viertel à Thlr. 13, achtel à Thlr. 6. 15 Sgr. zu haben sind bei

Joseph Bussek, Collecteur in Frankfurt a. M.

Aufträge beliebe man rechtzeitig einzusenden, da der nicht große Vorrath bald vergriffen sein dürfte.

(9614)

Victoria-Institut zu Falkenberg in der Mark

bei Neustadt-Eberswalde an der Berlin-Wriezener Eisenbahn.

Der Lehrplan dieser unter dem Protektorat Sr. R. H. des Kronprinzen stehenden Erziehungs-Anstalt ist der einer preußischen Realschule, mit besonderer Berücksichtigung der neueren Sprachen. Vorbereitung zum Freiwilligen- und Fähnrichs-Examen (sowie auch für einzelne Schüler zum Gymnasial-Abiturient-Examen). Pension vierteljährlich 100 Thaler. Nähere Auskunft erhalten gütigst die Herren Professor Dr. Herrig, Dr. van Dalen und Professor Boeber in Berlin, sowie der Direktor der Anstalt.

Dr. Immanuel Schmidt.

Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig.

Auf Gegenseitigkeit gegründet im Jahre 1830.

Geschäfts-Ergebnisse des Jahres 1866.

Eingegangen 1885 Anträge zur Versicherung von	2,197,600 Thlr.
Davon angenommen 1618 Versicherungen mit	1,799,100 "
Abgegangen durch Tod: 278 Personen versichert mit	319,400 "
Abgegangen aus andern Ursachen: 362 Personen versichert mit	334,600 "
Reiner Zuwachs im Jahre 1866: 887 Personen versichert mit	1,445,100 "
Versicherungsbestand Ende 1866: 9748 Personen mit	10,960,200 "
Vermögens-Bestand Ende 1866	2,386,000 "

Dividende im Jahre 1867: 25 Prozent.

Die Gesellschaft, welche sich stets eine möglichst beschleunigte Auszahlung der bei ihr versicherten Capitalien besonders angelegen sein lädt, hat im vorigen Jahre in Berücksichtigung der Zeitverhältnisse über hundert zwei und dreißig Tausend Thaler noch vor Eintritt des Zahlungstermins ausgezahlt. Dieselbe verbindet infolge ihres günstigen Standes die vollständige Sicherheit mit möglichster Billigkeit.

Versicherungen auf Summen von 100 bis 10,000 Thlrn. zahlbar beim Todesfall oder auch bei Erreichung eines voraus bestimmten Lebensalters vermitteln kostenfrei die Gesellschafts-Agenten:

Herr Eduard Rose,	Herr J. A. Borchert, Jastrow.
E. A. Kleefeld,	Wölcke I., Löbau.
Gustav Böttcher,	O. Feyerabend, Marienwerder.
W. Schröder,	J. Taterra, Mewe.
E. F. Mierau, Dirschau.	Krafft, Neuenburg.
J. J. Krella, Pelpin.	L. Lissowski, Pr. Stargardt.
C. T. Putzner, Marienburg.	F. Schmidt, Rothenberg.
Fr. Kautz, Deutsch Crone.	A. Hoffmann, Schöneck.
R. Pauly, Deutsch Eylau.	Heinrich, Tiegenhoff.
Folchart, Flatow.	J. Warkentin, Herrmann Bäcker, Thorn.
Mortier u. Co., Coniz.	
A. Krüger, Gr. Bünzer.	

sowie der Haupt-Agent für die Provinz Westpreußen

(9526)

Heinrich Uphagen,

Danzig.

F. Boecke's

Nähmaschinen für den Fa-

milien- und Hausbedarf

empfiehlt von 18 Thlr. ab das Hauptdepot von

Victor Lietzau

in Danzig,

Brodbänkengasse No. 9.

(9632)

H. A. Paninski & Otto Jantzen,

Tischler, Tapezier,

Hundegasse 118, nahe der Post,

empfehlen zu Ausstattungen und neuen Einrichtungen ihr reichhaltiges Lager reell und gediegen gearbeiteter Möbel in Tischen, geöffn. u. lackir. Bänken, Stühlen, Wohnzimmer u. Salons zu den allerbilligsten u. ganz seltenen Preisen. Fertige Sofas von den einfachsten bis zu den elegantesten. Fauteuils, Polster- und Rohrstühle in größter Auswahl. Ferner Silber-, Etagere-, Gallerie-, Kleider-, Pfeiler- u. Wäscheschränke, Buffets, Cylinder-Bureaux, in allen Größen, Herren- u. Damen-Schreibtische, Sophatische, Speisetische, Blumen-, Spiel-, Näh-, Serviteur- u. Klapptische, Komoden, Waschtoiletten mit Zink- und Marmor-Aufsätze, Federnmatratzen, Bettgestelle, Bettschirme, bequeme Lehnsessel mit und ohne Comodität-Einrichtung u. v. a. m.

Besonders empfehlen wir noch Spiegel in allen Größen von 2 fl. ab bis 50 fl., die größeren Sorten mit starken Crystalgläsern, sowohl in Goldrahmen wie auch in politirten Holzrahmen mit reichgeschmücktem Aufsatz, dazu passende Fuß- und Hänge-Console mit Marmorpflaaten.

(9646)

Neugarten ist ein Grundstück mit großem Garten zu verkaufen. Näh. in der Exped. d. Btg. unter 9561.

Messer-schärfer für den Haushalt empfiehlt billig C. Müller, Jopengasse am Pfarrhof.

Meinen Patienten zur Nachricht, daß ich bis

zum 20. März c. verreist bin.

Danzig, den 9. März 1867.

(9659) v. Herzberg,

Hof-Bahnarzt.

Dr. Scheibler's Mundwasser
(nach Vorschrift des Geh. Sanitäts-Raths, Prof. Dr. Burrow dargestellt, entfernt sofort jeden üblen Geruch des Mundes, infolfern derselbe durch das Tragen lüstlicher Zahne erzeugt oder von böhlen Zahnen und Affecten des Zahnsfleisches abhängig ist; schlägt vor dem Ansetzen des Zahns Zahnpfennig und erhält die weiße Farbe der Zahne, ohne die Emaille angreifen. Außerdem ist es ein vorzügliches Mittel gegen Zahnschmerz, wenn solche von böhlen stötzigen Zahnen berührt und dient bei öfterem Gebrauch zur g